

Dresdner Volkszeitung

Büro des Herausgebers: Dresden & Comp., Nr. 2061.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. Reinhold, Dresden.

Aboabonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbedeckung Polen, Witten, Rausch einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierzehntäglich 4.00 M. unter Abzug für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.70 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungstag 10. Tel. 25261.
Sprechstunde von 10 bis 12 Uhr.
Expedition: Zeitungstag 10. Tel. 25261.
Geldabholzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnate werden die Zeitungspreise mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Verbindung mit Rabatt genutzt, ebenso auf Sonntagsausgaben. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind in vorne zu bezeichnen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 3.

Dresden, Freitag den 4. Januar 1918.

29. Jahrg.

Eine Ablehnung aus Petersburg.

Rußland für Verhandlungen in Stockholm. — Das Problem der Räumung und Volksabstimmung. — Deutsche Verhandlungen mit der Ukraine.

Berlin, 4. Januar. (Nachrichten.) Wie der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses mitteilte, hat die russische Regierung eine Verlegung der Verhandlungen von Riga-Litauen nach Stockholm vorschlagen. Staatssekretär v. Mühlmann ist beauftragt worden, diesen Vorschlag abzulehnen. Letzter ist von Petersburg erfordert worden, daß die Punkte 1 und 2 unserer Vorschläge, die sich auf die Modalitäten der Räumung der besetzten Gebiete und die Wahrung der Volksabstimmung beziehen, nicht angenommen werden könnten. Wir können davon nicht absehen. Dazu bemerkte der Reichskanzler: Wir können getrost abwarten, wie dieser Abschluß verlaufen wird. Wir rüsten uns auf unsere Machstellung und unsere lokale Besinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhafte Bravo!) Außerdem erklärte der Reichskanzler, daß wir mit den in Riga-Litauen eingetroffenen Bevollmächtigten der Ukrainer weiter verhandeln.

Gescheiterte englische Vorstöße.

(W. T. B.) Amlich. Großes Handelsunternehmen, den 4. Januar 1918.

Westlicher Friedenschauplatz.

Noch an der einen Stelle kam es zu lebhaften Kämpfen der tschechoslowakischen Truppen, hier & dort erzielte letztere Erfolge.

Bei englischen Vorstößen, die ähnlich vom Osten und südlich vom Lausitzer Kanal schieden sowie bei eigenen erzielten Überrunnen südlich von Warschau und in der Champagne wurden Gefangen- und einige Waffenschmieden eingeschlagen.

Seit dem 1. Januar verloren unter Major im Kampf und durch Abschuss von der Gruppe 23 Fliegerzeugen und 2 Heißluftballone Oberleutnant Lützow etliche 20. Aufmarsch.

Ostlicher Friedenschauplatz.

Nicht neu.

Mazowischischen und Ostpreußischen Front

keine besonderen Ereignisse.

Der erste Generalsurkundemeister: Sudendorff.

Aus dem Ausdruck heraus wird erklärt, daß man gerade auf diese Perspektive großen Wert legen müsse, weil je die Grundlage für die Verhandlungen liegen sollte. Weiter wurde befürchtet, daß die deutsche Regierung auch an den Verhandlungen in Riga-Litauen ihre Mitsie gewollt hat.

Abg. Götz (Dsg.): Wir leben entscheidendes Geschäft auf die militärischen Fragen, zu diesem Zweck muß das Material umgehend vorbereitet werden. Aber außerdem müssen sämtliche Bündnispartner der russischen Regierung vorgelegt werden, ferner alle Erklärungen, die von Bündnispartnern in den besetzten Gebieten des Ostens abgegeben worden sind.

Abg. Dr. Gräberger, Graf Weißbach, geh. v. Camp und Hassel: Ich glaube, daß der Krieg noch nicht so weit ist.

Der Leiter der Abteilung, Dr. Götz, teilte mit, daß das Kriegsministerium den Tod Weißbachs und Preußlers Schiewermann eine Denkschrift über die militärischen Möglichkeiten für die russischen Bündnispartner herstellen lassen und öffnet um Morgen.

Unterstaatssekretär u. d. Russische: Und ist von einer solchen Denkschrift nichts bekannt? (!)

Abg. Gräberger (Hr.):

fortsetzt ebenfalls die Vorlage dieser Denkschrift. Seine politischen Rückendeckungen das Verhalten der deutschen Delegation in Riga-Litauen. Wenn ein Vertragsstreit mit Russland zustande kommen soll, dann muß erst Versuch werden, zu einem allgemeinen Frieden zu kommen. Was die russische Regierung in ihren Grundsätzen ausgesetzt hat, konnte nicht überprüfen. Daß man die Errichte einer Art Stütze, wie richtig und notwendig. Bleibe doch Friede unverzagt, dann muß mit allen Mitteln versucht werden, mit Russland zu einem Verständigungstreit zu kommen, aber nicht nur mit den Soldaten, sondern mit dem ganzen russischen Volke. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes muß ohne Hintergedanken durchgeführt werden. Heute steht noch nicht fest: Was ist Polen, was ist Kurland? Die Grenzen müssen erst abgesetzt werden. Die russische Regierung hat die Landeskinder als verdeckten Ausdruck des Volkswillens anerkannt. Sie hat aber gefordert, daß ihr Volk auf eine breitere demokratische Grundlage gestellt werde. In der Praxis kann das nicht schwer fallen, so daß auch keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bestehen. Sicherlich sei aber die Art, wie die Militärverwaltung den Teil Litauens gegenüber verhält. Der Stil des Reichskanzlers nach der Weltkrieg ist sehr kritisch. Wenn man vernünftig handelt, dann können die Chancen in sehr wenigen Tagen erledigt sein. Sobald Russland demobilisiert hat, können wir unsere Truppen großräumig, damit die Völker unbedingt entscheiden können. Das wird und soll zum Frieden führen.

Staatssekretär Graf Ritter erklärte, daß zwischen dem Kaiser und der Militärverwaltung in Litauen einzige Einigkeit darüber besteht, daß der Landstrich in den nächsten Tagen zu konzentrieren sei.

Abg. Dr. David (Dsg.):

Was der Staatssekretär mitgeteilt hat, war alles, nur keine Auflösung. Mit dem noch beschlossenen Rest von Geheimdiplomatie möge man rechnen, die Russen haben es auch getan. Die alldeutsche Presse läuft in den letzten Tagen wieder Sturm gegen die Selbstbestimmung des Volkes, die als weitreichende Theorie bezeichnet wird. Aber die Zeit ist vorbei, wo man über die Völker entschieden kann, wie über eine Kommodität. Die Selbstbestimmung des Volkes ist die einzige Versicherung für einen dauerhaften Frieden. Alles andere würde von den Vögeln als Unterordnung empfunden werden. Das Votum der Völker allein darf maßgebend sein. Das Ziel des Friedens muss sein, die Koalition aufzulösen, die sich gegen Deutschland gesellt hat. An die Stelle dieser Koalition sollen freundliche Vereinbarungen treten. Die Ziele der Alldeutschen bewegen sich in den Gebotenungen verschwisterter Jahrhunderte. Zwischen den von den Russen ausgeschafften Völkern und den deutschen Nachbarn läuft ein Widerspruch. Es handelt sich aber nur um den deutschen Territorien. Die Feindseligkeiten zwischen entsprechenden gründen an jenen. Man müßte auch den übergeordneten Vorschriften folgen lassen. Die in Polen, Litauen und Kurland von den Landesträten geschaffenen Befreiungen hat man dem deutschen Volk vorbehalten. Dieser Zustand ist direkt bedenkend. Die Russen haben sich als die geistigsten Völker erweisen, sie zu behandeln in voller Leidenschaft. Was in den östlichen Gebieten vorgeht, hat man der deutschen Leidenschaft vorzuenthalten. Wir verlangen bei den ganzen Verhandlungen

vor allen Dingen Ehrlichkeit.

Der Beschluss des Reichstags vom 10. Juli bei den Polen wird die Wahlmöglichkeit zu ihrem Vorteile gegeben, daß diese bei den Verhandlungen nicht berücksichtigt werden. Die Russen müssen die Abstimmung nicht verzögern werden. Sie werden die Wahlmöglichkeit in den Besitz des Reichstags bringen. Das kann nicht so lange dauern, bis die Russen einen Komitee wählen. Das ist der Vorsitzende des Reichstags, der Vorsitzende der Kommissionen und drei bis vier Abgeordnete, um Spezialfragen zu behandeln. Der Ausdruck der Ergebnisse wird von einer besonderten Kommission bearbeitet.

Der Vorsitzende empfiehlt in der Riga-Delegation zunächst die polnische Seite der Fragen zu erledigen; dann ist der Ausdruck einer standhaften Verhandlungsbereitschaft für die polnische Bevölkerung zu erwarten. Außerdem ist man sich in zweitlich auf allen Seiten darüber einig, daß die Lösung für Deutschland sehr wenig angenehm wäre. Daher brauchen wir uns keine großen Sorgen machen zu lassen, wenn die Polen sich für den Anschluß an Russland entschieden. Es ist zum mindesten sehr

wohldeutschliche Polenwirtschaftlich wenig günstig, daß sie leicht zu einer Quelle fortwährender Unzufriedenheit für die polnische Bevölkerung werden könnte. Außerdem ist man sich in zweitlich auf allen Seiten darüber einig, daß die Lösung für Deutschland sehr wenig angenehm wäre. Daher brauchen wir uns keine großen Sorgen machen zu lassen, wenn die Polen sich für den Anschluß an Russland entschieden.

Staatssekretär Graf Ritter meint, man sollte sich von der Aussicht getrennt denken nicht zu viel versprechen, weil beide der Fragen, um die es sich handelt, als abgeschlossen gelten kann.

Wenn demokratisch gewählte Landesversammlungen die Entscheidung haben, in einer Sitzung durchaus möglich. Aber natürlich von allen Seiten verfahren werden. Die Kreisbestimmung wählten Völker und Litauen kann bei den beliebten Gegenseitigkeiten der beiden Völker nicht nur im Wege der Verhandlung abgeschlossen. Man muß jedoch die Verwaltung an die Landesträte übergehen. Die Zeit der militärischen Verwaltung ist abgelaufen. Die Abrechnung eines Grenzschutzauftrags von Polen

zugunsten Deutschlands würde vom vornehmsten den schärfsten Gegensatz zwischen Volken und Deutschland schaffen. Die beste Lösung des politischen Problems bleibt immer wieder diejenige auf Grund der Selbstbestimmung drechs. Sehr scharf wendet sich der Redner gegen die Verwaltung des Fürsten Pfenning im Biague. Die Zusammenfassung der kürzlich bischen Landesvereinigung entspricht einer wölflichen Volksverhetzung etwa so wie der preußische Landtag. Berechtigung bedarf' vor allem eine Entschließung der kürzlich bischen Vereinigung, die sich für Unabhängigkeit und Neutralität erklart hat. Bei Verstärkung all dieser Tatsachen ergibt sich eine Lösung. Eine Erklärung verleihe es bei der modernen Miltungsordnung und ihrer Entwicklung überhaupt nichts. Die beste Sicherung unseres Landes sei eine politische Sicherung, die auch Österreich im Nihilistengesetz vorzog. Wer mit strategischen Sicherungen kommt, schreie viel zu kurz. Die Anexionisten geben jetzt über zu Gingaben an die oberste Heeresleitung und an den Kaiser und fragen: Findet sich denn kein Vord? Sie drohen der Monarchie mit der Ablösung der Treue. Wenn sich die Herren aber auf den Willen des Volkes berufen, so treiben sie ein heroisches Spiel. 99 Prozent des deutschen Volkes würde ihnen die fiktive Abseige geben. Der Kampf gegen diese Gruppe wird erschwert durch die Rensur, die wieder recht häufig mit Verboten arbeitet. Man soll sich nicht der Hoffnung hingeben, doch Rückland seien Frieden annehmen müsse. Der Einatmann, der die jetzt günstigen Aussichten, zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen, nicht zu würdigen versteht, gehört vor einen Staatsgerichtshof gestellt. Die Abberufenen und Konfervativen scheinen sich die Folgen eines Scheiterns der Friedensverhandlungen gar nicht richtig vorstellen zu können. Die deutsche Volksverhetzung muss die Möglichkeit haben, ihren Willen entschleidend in die Magistratur zu werben und sie münftig in ihrer Weisheit einen Bruch der Machthabende.

wünschte in ihrer Weisheit einen Frieden der Verständigung. Unterstaatsräte Dr. B. Büstle erläutert, daß zwischen den deutschen und den österreicherischen Delegationen in West Prussia keinelei Meinungsverschiedenheiten bestehen oder bestanden haben.

Überall Walz stellt mit, daß weder im Reichsministerium noch in der nachhalt gewordenen Druckerei noch an einer sonstigen Stelle etwas von der vom Rda. Ledebour erwähn'nen Verschleiß des Kriegsministeriums bestanden ist.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag, vormittags 10 Uhr, verlegt.

Keine Vollversammlung des Reichstages.

Seine Vollversammlung des Reichstags.
Berlin, 8. Januar. Der Reiseleitenausschuss des Reichstags hießt heute nachmittag eine längere Sitzung ab, um sich über die Geschäftsklage des Reichstags zu beraten. Es kann eine Einigung der Mehrheit dahin zustande, daß die Vollversammlung des Reichstags vorerst nicht einberufen werden soll. Dagegen wird der Haauptauschuss heute und in den nächsten Tagen zu den aktuellen politischen Fragen Einstellung nehmen. zunächst sind vier Tage dazu in Aussicht genommen. Die Sitzungen sollen von nicht allzu langer Dauer sein, damit die Fraktionen Zeit zur Beratung haben.

Über die Stellungnahme der Parteien

zu den deutsch-russischen Friedensverhandlungen berichtet das Berliner Tageblatt:

Auf Seiten der Mehrheitsparteien will man unter anderem vorschlagen, den Russen insfern entgegenzutreten, als man sich damit einverstanden erklären soll, den Friedensvertrag, den russischen Wünschen entsprechend, in einer russischen Stadt unterzeichnen zu lassen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völkerstaaten in den besetzten Gebieten möchte man nicht durch ein eigentliches Plebisit, sondern durch parlamentarische Präferschaften ausprüchen lassen, die aber auf einer breiteren demokratischen Grundlage gebildet werden sollen, als es bisher in Litauen und Anhland der Fall gewesen ist, wo die Landesräte bekanntlich schon vor längerer Zeit ihre Voten abgegeben haben.

Die Zurückführung der Truppen aus den besetzten Gebieten möchte man im Einvernehmen mit den militärischen Stellen nach einer bestimmten, nicht zu lange ausgedehnten Frist, die von der russischen Demobilisierung datieren würde, vornehmen lassen. Der Grundgedanke der Mehrheit sprichten, von dem sie sich in allen diesen Fragen leiten lassen, ist der, einem solchen Frieden — Sonderfrieden — zu Ende zu bringen, der auch bei einer späteren möglichst gewissenhaften Regierung keinerlei Revancheplänen Raum lassen würde. Die Rigaer Frage verdient unter diesem Gesichtswinkel eine ganz besonders detaillierte Behandlung. Es ist u. a. der Vorschlag aufgetaucht, Riga und die dem Rigaer Meerbusen vorgelagerten Inseln zu einem freien Staat zu erklären, d. h. sie zu internationalisieren. Jüngste Kündigung gerade über diesen Punkt ist aber noch nicht herbeigeführt worden. Nicht geringere Schwierigkeiten verursacht die polnische Frage. Wenn sich gewisse Kreise auch sagen, daß es vielleicht am besten gewesen wäre, Polen als selbständigen Staat einer russischen Föderativen Republik anzugegliedern, so ist diese Kombination durch die Anklageproklamation vom November 1918 ohne weiteres unmöglich geworden, und man hält im allgemeinen nunmehr eine austro-polnische Lösung der Frage für am besten, wenn Deutschland gewisse Garantien gegeben werden. Die Nationalliberalen scheinen diese Politik der Mehrheitsparteien indessen nicht mitmachen zu wollen, wenn auch in ihren Kreisen nicht geringe Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Die Nationalliberalen stehen im allgemeinen bekanntlich auf einem ähnlich annexionistischen Boden. Von den Konserватiven darf dasselbe gesagt werden. Die Unabhängige Sozialdemokratie verhält sich den deutsch-russischen Verhandlungen gegenüber beständig ablehnend, weil sie prinzipiell einen Sonderfrieden ablehnt und einen Frieden auf dem Boden des Tauschvertrags will.

Bulgarien und der Verständigungsfriede.

Der bulgarische Gesandte in Berlin, Dr. Rizow, veröffentlicht ein Werk, das den Titel „Die Bulgaren in ihren historischen, ethnographischen und politischen Grenzen“ trägt und im Verlag von Wilhelm Greve erscheint. In der in vier Sprachen versetzten Einleitung fordert er die Ansprüche Bulgariens zusammen; danach fordert Bulgarien folgende Neu-einteilung des Balkans:

Die Türkei wird in Europa ihre gegenwärtige, in der türkisch-bulgariischen "Mehrfliegerungskommission" vom 24. August bis 6. September 1913 angegebene Grenze gegen Bulgarien beobachten müssen. Rumänien holt endgültig und unfehlbarlich sowohl auf die alte Dobrudscha, mit der es 1878 beschreift worden ist, als auch auf die von ihm 1913 geraubte neue Dobrudscha ver sichern und sich in seine alten Grenzen jenseit der Donau zurückziehen müssen. Dies muß bewecklicht werden: nicht bloß, weil die Dobrudscha die Wiege des bulgarischen Volkes ist und ständig aufeinanderfolgende Jahrhunderte zu Bulgarien gehörte; nicht bloß, weil Rumänien seit 1878 die Dobrudscha als bulgarisches Gebiet anerkannt und seine Umgrenzungen durchsetzte, als Rußland ihm dagegen Bekanntschaft entzückt und nach dem Frieden

nämlich durch Wallenbergturm bereits wieder entziffert wurde; sondern auch weil Rumänien niemals zur Wallanhalbinsel gehört hat und die nicht mehr gehören darf, wenn man zwischen ihm und Bulgarien Frieden haben und auf dem Balkan den Frieden aufrecht erhalten will. Rumänien muss aus noch einem anderen Grunde die Dobrudscha

Wann man Rumänien die ganze Dobrudscha wegnimmt, ist es bestoeges des Meeres verbraucht, da ja die Städte Galatz und Braila Donaufler immer auch Seehäfen gewesen sind. Was die rumänische Petroleumindustrie betrifft, deren Ausfuhr über den Hafen Constanza in der Dobrudscha geht, so wird man sie durch eine rumänisch bulgarische Konvention verdrängen können, die Rumänien auch soziale Vorteile auf der Eisenbahnlinie Tschernowitz-Bronn-Konstanza gewähren würde. Bulgarien wird sogar bereit sein, Rumänien Konstanza derselben wirtschaftlichen Angeklänndnisse zu machen, Griechenland in Saloniki Serbien gemacht hat.

Bulgarien lobt alle seine Gebiete, die ihm seit Gewalt
Jahre 1878 wegnommen und unter den Nachbarn vertheilt
den, bereinigen müssen: Macédoine, Thrakien.

ionale, moralische, geschichtliche und geographische Bedeutsamnisse, die von den alten Beherrschern dieser Gebiete, von fast allen berühmten Wallangeographen und Balkanforschern und von allen Großmeistern anerkannt worden sind. Es ist wahr, daß es Rumänien und Serbien gelungen ist, während der vierzehnjährigen Herrschaft der Obruschi und des Risch Gebietes diesen Provinzen schon infolge der Herrschaft ihres nationalen Septuagies zu geben. Allein es ist nicht minder wahr, daß die bulgarischen Rechte so unveränderlich und unbestreitbar sind ...
Daher abgesiehen muß Bulgarien sich auch das ganze Land, da es bulgarischer Siedl. ist, weiter eingerichtet.

Timof-Beden, da es bulgarisches Land ist, wieder einzuteilen, das — im Jahre 1833 von der Türkei an Serbien abgetreten — vor diesem Zeitpunkt niemals in die historischen, politischen und sächlichen Grenzen Serbiens einbezogen war. Über dieses Beden muß Bulgarien herrschen, nicht bloß, weil es in der Vergangenheit bulgarisch war, und jetzt durch die Waffen wieder erobert wurde, sondern hauptsächlich, weil der West des Bedens für Bulgarien eine zwingende Notwendigkeit ist, um einen Gebietsanschluß an Ungarn zu erlangen. Ohne diesen würden infolge des unerhörlichen Hasses Serbiens und Rumäniens gegen alles, was bulgarisch ist, die Handelsverbindungen zwischen Bulgarien und Westeuropa von jenen beiden Staaten stückweise beseitigt werden, was die wirtschaftliche Unabhängigkeit Bulgariens gefährden müßte. Diese Gebieteüberlappung ist für Bulgarien eine ebensole Lebendfrage, wie für Serbien der Balkan aus West.

Es ist kaum notwendig, zu betonen, daß Bulgarien sich auch Mazedonien angliedern muß, daß in vergangener Zeit sogar seine Nachbarin als bulgarisches Gebiet anerkannt haben. Was die Hauptstadt Mazedoniens, Saloniki, — seinem einzigen Seehafen — betrifft, so muß sie entweder als freie Stadt neutralisiert oder ein Pseudostaat Griechenlands und Bulgariens werden, wie dies zwischen den beiden Balkankriegen von 1912 und 1913 der Fall war. Sonst wird das ganze mazedonische Hinterland ohne Seehafen bleiben, eine ungünstige und an Gefahren für den Balkanfrieden reiche Situation.

Situation.
Serbien muß innerhalb der Grenzen, die ihm (nach Rückeroberung jener Gebiete an Bulgarien, die diesem in der Vergangenheit entzogen wurden) verbleiben, wiederhergestellt werden, indem es mit ganz Montenegro (ausschließlich des Kotowischenberges) und ganz Nordost-Walbanien, d. h. mit dem Metochie-Gebiete und dem Roffaldo-Feld, das in der serbischen Geschichte auch durch seine Bruderkriege berühmt ist, vereinigt wird. In solcher Weise wird Serbien seinen Traum — den unenbehrlichen Zugang zum Adriaatischen Meer, der sein natürlicher Ausgang ist — verwirklicht sehen und über zwei Seehäfen verfügen: Antivari und Tuzeljno. Dieser hat zugleich einen herrlichen Strand. Der Zugang zum Adriatischen Meer wird, da Serbiens mit letzter Hinterland stets von der serbischen Masse durchtrennt war, dem serbischen Volk wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern und es von seinen panserbischen, ihr den Frieden auf dem Balkan so gefährlichen Aspirationen, ab trennen. Dieser Friede kann aber nur, unter einer „condition sine qua non“ völlig verfügt sein, daß Serbien ein für allemal auf Räsonien bezüg'et.

Mit diesen Rigowschen Vorlegungen wird daß erstmal
in diesem Kriege von bulgarisch-offiziöser Seite das bulga-
rische Balkonprogramm umfassend aufgerollt. Das ist be-
eutungsvoll in einer Stunde, da mit den Verhandlungen im
Osten auch die Balkanfrage in den Bereich der Friedens-
diskussion gelangt. Für die deutsche Sozialdemokratie ist in
ihrem Kampfe für Verständigung und Versöhnung der Völker
auch ihre Stellung zu dieser Neuenteilung des Balkans ge-
schworen. Rigows Programm bedeutet für den Balkan einen
Doppelkrieg, den wir im Interesse eines dauerhaften
Friedens ablehnen müssen. Man kann von diesem Stand-
punkt aus die bulgarischen Ansprüche auf die neue Dobrudscha,
wie den Vorschlag einer bulgarisch-griechischen Verständigung
der Saloniки und einer Aufteilung Albaniens zwischen
Serbien und Griechenland zustimmen. Albanien hat unter
seiner wenigen erbaulichen Regierungszeit des Fürsten Wied
reißtlich bewiesen, daß es der inneren Bedingungen eines
Unabhängigen Staates entsieht und was die neue Dobrudscha
belangt, so handelt es sich um altes bulgarisches Land, das
Rumänien seinen Nachbarn im „Hühner“Kriege von 1918
abtrug. Und wenn Bulgarien über diese östliche Grenze
ausaus mit Rumänien eine Verständigung erzielen sollte,
können die Völker der Mittelmächte auch das hinnehmen.
aber was in dem von Rigow aufgestellten Programm ge-
fordert wird, ist nicht weniger als die völlige Abschaffung
Rumäniens vom Schwarzen Meer und seinen Handelswegen.
erjosten wird dieser Anspruch auf die ganze Dobrudscha
mit derselben Formel der „Desbanneglon“, mit der die Fran-
zosen ihre fabenscheinige Forderung auf Elsaß-Lothringen be-
gründen. Wer bedenkt, welche kriegstreibende Rolle das für
Rumänien verhältnismäßig unwichtige Siebenbürgen gespielt
hat, der wird ermessen, was erst die Abschüttung der nach dem
Schwarzen Meer hin laufenden Lebensbäuden Rumäniens für
eigene Zukunft des Balkans bedeuten würden.

Dasselbe gilt von Bulgariens Forderungen gegen Serben. Soll Serbien in Zukunft nicht ein Brudherd neuer Anfanruhen werden, so muß es lebens- und entwicklungsfähig gemacht werden. Den Serben aber als Gebiet zwischen imof, Morava und Donau zu nehmen, heißt nicht nur Gewalt mit serbischer Bevölkerung zu annexieren, sondern auch östlich-rumänische Handelswege zu durchschneiden. Das wäre keine Sicherstellung Bulgariens, wohl aber eine Quelle schwer erbitterter Balkan-Feindseligkeiten. Denn was nützt den Serben, wenn sie den Gang zur Adria gewonnen und nun die Lebensabode des Morevalales durchschnitten würden? Während sich Herr Rigow zur Begründung dieser Forderungen auf Schwert stützt, begründet er Bulgariens Ansprüche auf Mazedonien von Uestküb bis zum Ohrida-See mit dem angeblich bulgarischen Charakter der Mazedonier. Wir wollen hier nicht all die Forscher zitieren, die in dieser Frage für Serbien oder Bulgarien entschieden. Wer diese Auseinandersetzungen vorurteilslos verfolgt hat, muß den östlichen Recht geben, die die Magedo-Slaven für eine östlich-bulgärische Mischbevölkerung erklären, deren Sprache und Kultur sich ebenso wohl in der Richtung des Serbischen wie des Bulgarischen fortentwickeln und die sich bei einer Volksabstimmung für die Nation entscheiden würden, die ihnen die verlorendsten ökonomischen Bedingungen und den besten ^{Wohl} vertheilt.

edungen und den besten Staffi verspricht.
Zurück waren sich die bulgarische und die serbische Me-
rung vor dem Balkantrage auch einig. Der im Februar
1912 abgeschlossene Vertrag bedeutete eine Versöhnung über
Mazedonien und sah eine Teilung vor, wonach das Gebiet
zwölf nördlich einer Linie von Egri Balonka bis Struga am
Ohrida-See an Serbien, der Teil südlich dieser Linie an
Ungarn fallen sollte. Infolge des österreichischen Ein-
ruchs, der den Serben den eroberten Gang zur Adria ver-
eigerte, forderte Serbien von seinem damaligen östlichen
und befreiten einen Schlosshügel südlich Ueskiub und
stellte ihn im zweiten Balkanrieg um das ganze Mazedonien.
Es wäre also nur ein Stück historischer Gerechtigkeit, wenn

das ihm damals schmiede abgejagt wurde. Was die Sozioten Annexionisten aber heute als bulgarisches Programm vertreten, das wäre ein Schwerpunkt, in dem die Entente, die Truppen eingesetzt hat, nur nach einer völligen Niederlage einwilligen würde. Und selbst wenn die Mittelmächte diesen absoluten Sieg erledigen sollten, so würden noch dieser geistige und Griechenland andauernd willige Schachfiguren auf dem neuen Waffenrängen wünschbar. Das Ziel der Balkansozialisten aber, die sich dauernde Ruhe im Westenwinkel erhofft von einem Balkanbund der Balkanvölker versprechen, wäre in unabsehbare Ferne gerückt.

Wenn der Weltkrieg nicht mit neuer diplomatischer Brüderlichkeit enden soll, müssen die Mittelmächte danach zu machen. Das von Riazow aufgerollte bulgarische Programm geht auf einen Schwerpunkt aus, der im schroffen Wider-Verständigungsbereitschaft! Man könnte über die bulgarische Annexionistin hinweggleiten, solange die Gegner den Krieg bis ans Ende proklamieren. Angesichts der Verhandlungen im Osten und der bei den Westmächten zutage getretenden bestürzten Stimmung aber gilt es, die Friedensströmungen in den gegnerischen Ländern durch unweidetige Bekundung unseres Friedenswillens zu stärken. Das erkennen auch die einsichtigeren Elemente in Bulgarien. In der Sobranie König Ferdinand brachten jüngst einige Blätter Neuberungen, die mit dem Programm der Annexionisten nicht in Einklang zu bringen sind.

Falls der Standpunkt Riazows der seiner Regierung sein sollte, wodurch noch immer angenommen werden muss, so mühten sich die Völker der Mittelmächte dafür bedenken, bulgarischer Erobergungsläne wegen den Krieg ins Unabsehbare zu verlängern und den künftigen Frieden im Reime zu knicken.

Russisch-rumänische Zusammenstöße.

Vom Petersburger Telegraphen-Agentur gibt der Polizeikommissar für auswärtige Angelegenheiten folgende Mitteilung bekannt:

Das Dorf Razov und einige Dörfer in Dobrjabien sind durch Truppen besetzt und einige Revolutionäre erschossen worden. Nach einer authentischen Mitteilung haben die Rumänen durch einen russischen Obersten und einen rumänischen General alle Mitglieder des Ausschusses nach Rassow ein, wobei sie ihnen völlige Sicherheit gewährleisteten. Anschließend wurde der ganze Ausdruck in Rassow festgenommen und alle Mitglieder vor den rumänischen Behörden geholt. Die rumänischen Behörden versuchten, alle zu erschießen, aber die Russen besannen sich eines Besseren und hielten sie davon. Derartige verbrecherische Handlungen können nicht gebuhlt werden. Wir erwünschen den Herrn rumänischen Gesandten, dass er heute noch mitzuteilen, welche Maßregeln bis jetzt ergreissen worden sind, um die verbrecherischen Elemente, die rumänischen Offiziere und Beamten zu gütigen, welche die Hand gegen die russische Revolution erhoben haben. Wir halten es für dringend geboten, die rumänische Gesellschaft zu benachrichtigen, dass die russische Republik feindlicher Unterdrückung mehr bedürfen wird nicht nur gegen russische Revolutionäre, sondern auch gegen rumänische Revolutionäre und Sozialisten. Jeder rumänische Soldat, Arbeiter und Bauer findet die Unterdrückung des Staates der russischen Sowjet gegen die Willkür der reaktionären rumänischen Bürokratie. Wir erachten es für nötig, den rumänischen Behörden durch ihre Gesandtschaft mitzuteilen, dass die Macht der Sowjet auch von den thüringischen Parteigremien gegen die rumänischen Verbündeten und Gegnerrevolutionäre, die Vorfahre des Adel, Tscherbatow und der Rada nicht zurückdringen wird.

Weiter wird aus Petersburg berichtet, dass die Debensmittelzufuhr für die vierte russische Armee, bestehend aus ukrainischen Truppen unter Tschertchow, eingestellt worden sei. Es werde ein Telegrammwechsel zwischen den maximalistischen und den rumänischen Regierungen anlässlich des Komplotts gegen die russische Revolution geführt. Die Antwort der rumänischen Regierung ist ungenügend. Das Komplott soll infolge der Plunderung und Verwüstung rumänischer Dörfer durch russische Soldaten entstanden sein. Die rumänische Regierung habe eingegriffen, um die Ordnung wiederherzustellen.

Die Ententschisse verlassen das Weiße Meer.

Amsterdam, 8. Januar. (Telunion.) Aus London wird gemeldet: Die englischen Schiffe haben Kriegsgefangene verlassen, nachdem die Depots, die von den Alliierten dort errichtet worden waren, abgebrochen und die Inventarion verbrannt waren. Auch sämtliche französischen Schiffe sind aus dem Weißen Meer verschwunden.

Die Entente plant die Besetzung Sibiriens.

Gens, 4. Januar. (Telunion.) Nach dem Temps erwägt die Entente den Plan, zum Schutz ihrer Staatsangehörigen eine Besetzung Sibiriens bis Irkutsk durch japanische und chinesische Truppen vorzunehmen.

Der neue Londoner Botschafter.

Amsterdam, 3. Januar. Nach einer hier vorliegenden Neutmeldung aus London hat die maximalistische russische Regierung Wladimir Maximowitsch Litvinow zum russischen Botschafter in London ernannt.

Russische Bauernkongresse.

Petersburg, 4. Januar. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 17. Dezember wurde in Samara der 31. Kongress der Bauern eröffnet. Zum Präsidenten wurde der Volkswillige Gerasimow ernannt. Der Kongress der Bauern und Arbeiter und die durch sie eingesetzten Delegierten erhielten ihre Urkunde der Regierung der Volkskommissare, die vier Fünftel der Sozialrevolutionäre der Linien angehören. Gestern wurde in Nowoslaw eine Sitzung des Bauernkongresses des Gouvernements eröffnet. Die stimmberechtigte Abgeordnete sind hierzu eingetragen. Die Mehrheit der Abgeordneten besteht aus Volkswilligen und linksliberalen Sozialrevolutionären. In das Präsidium wurden ausdrücklich Volkswillige und Sozialrevolutionäre gewählt.

Der Bauernkongress des Gouvernements Ostrow beschließt, als Abgeordneten für die verfassungsgebende Versammlung das Mitglied der sozialrevolutionären Partei Volkswillig vorzulegen. Volkswillig verzögerte auf seine durch den Zentralausschuss vorgeschlagene Kandidatur, weil seine Kandidaten nicht

mit denen der Bauern des Gouvernements Ostrow übereinstimmen. Das Gouvernement Ostrow wählte Volkswillig zum Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung. Die Volksversammlung der Beauftragten der Arbeiters von Licha Donaraja drückte ihr Wohlwollen hinsichtlich seiner Berufung zur verfassungsgebenden Versammlung aus.

Die deutsche Regierung für die Teilnahme der Grenzböller. Staatssekretär v. Kühlmann hat durch ein Telegramm seine Bereitwilligkeit erklärt, mit Vertretern der Ukraine in Preß-Riowis zu verhandeln. Sie werden ein Deter über die Unabhängigkeit der Ukraine überreichen. Wie wir bereits berichtet haben, sind mehrere Delegierte der Ukraine in Preß-Riowis eingetroffen.

Die Wünsche der Völker nach einer Vertretung bei Friedensverhandlungen sind in Berlin und Wien mit Wohlwollen aufgenommen worden, und es wird den Völkern vorausichtlich ermöglicht werden, Sachverständige zur Beratung von Sondertagen vor Pall zu Pall einzuziehen.

Das Estnische Bureau in Stockholm teilt mit: Durch Verfüfung der Petersburger Regierung ist Narwa, die frühere Hauptstadt Angermanlands, dem Gebiete Estlands angegliedert worden. Sofortige Maßnahmen zur Vermehrungskonzentration der bisher unzugehörigen Kreisfeste von Narva, Iwanograd, Joachimsthal und Krakholm und ihrer Teilnahme an den Wahlen zur estnischen Nationalversammlung sind angeordnet worden. Damit hat die estnische Grenze den Narwakanal überschritten.

Neue U-Bootserfolge.

Berlin, 3. Januar. (Amtlich.) In St. Georges und Bristol-Kanal wurden durch unsere U-Boote 7 Dampfer und 1 Segler mit rund 24 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet. Unter den Schiffen befand sich der bewaffnete englische Dampfer Charleston mit Kohlenladung und 4 schwer beladenen Dampfern, von denen 2 offenbar Munition als Ladung hatten, da sie nach auffallend schwerer Detonation sofort sanken. Vom englischen Dampfer Charleston, der durch die Artillerie des U-Bootes niedergeschossen wurde, ist ein Geschütz erbeutet worden, 2 Leute der Gefangenbedienung wurden gesangen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Deutsches Reich.

Wucher unter Billigung des Kriegsernährungsamts.

Herr von Waldow hat am 28. November eine Verordnung über Höchstpreise für Kaffee-Ersatzmittel erlassen, wonach das Pfund 80 bis 85 Pf. im Kleinhandel kosten darf. Bis zum 31. Dezember könnten die Gemeinden Anspruch von bleibenden Höchstpreisen zu fordern, weil zur Zeit des Erlasses der Verordnung noch größere Mengen an Kaffee-Ersatzmitteln zu teureren Preisen im Handel waren. Diese Frist ist jetzt bis zum 15. März verlängert worden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man vermutet, dass damit ein unerhörter Wucher der Zugangsvereinigung der deutschen Landwirte in Zusammenhang steht. Die Zugangsvereinigung ist eine Kartellgesellschaft und untersteht der Kontrolle des Reichsernährungsamts. Von ihr erhält die Kaffee-Ersatzindustrie getrocknete Kaffeesäuren zugewiesen, für die ein Erzeugerhöchstpreis von 100 Pf. für die Tonne amlich festgelegt ist. Vor einiger Zeit mochte die Zugangsvereinigung befürchtet haben, dass sie für die Kaffee-Ersatzindustrie getrocknete Kaffeesäuren zu teuren Preisen und dafür den Preis von 250 Pf. für die Tonne zahle. Also ein Wucherpreis, gegen den Herr von Waldow eintritt und wegen dem er die Preise der Zugangsvereinigung hätte zur Anzeige bringen müssen. Die Laufzeit dieser Überprüfung der Höchstpreise und des Kriegswuchers kann Herr von Waldow den amtlichen Mitteilungen des Reichsernährungsamts entnehmen. Wäre der Wucher der Zugangsvereinigung der deutschen Landwirte nicht vornehmlich, dann würden wohl so leute Kaffee-Ersatzmittel nicht mehr vorhanden sein. Mit dem Herrn von Waldow bringt um Ausführung dieses Wuchers.

Abg. Eisenbahn im Reichswirtschaftsamt. Der Reichswirtschaftsminister hat mit dem Beginn des neuen Jahres seine Stellung im Reichswirtschaftsamt angetreten. Herr Giesbertz übernimmt nicht einen bestimmen Beamtenposten in diesem Reichsamt, sondern arbeitet ohne Amt und Titel als fachverständiger Berater für soziale und Arbeitsfragen. Die Funktion des Herrn Giesbertz ist auf seinen eigenen Wunsch so gehalten worden, damit er kein Reichsbeamter ohne Unterbrechung durch eine sonst notwendig werdende Neuwahl ausüben kann.

Bezugsurkunden für Rentenempfänger. Der Entwurf einer Verantragung über die Gewährung von Halbjahrs- oder Empfänger einer Rente, Witwen-, oder Ersatzrente aus der Rentenversicherung fand die Zustimmung des Bundesrats.

Ausland.

Frankreich.

Verbot der Kaffee-Einfuhr.

Paris, 3. Januar. Die Regierung beschloß, die Einfuhr von Kaffee mit Ausnahme defizitärer Mengen, die sich zur Zeit unterwegs befinden, aufzuheben und, um eine Haushalte zu vereinheitlichen, die Schließung des Kaffeesmarktes in Paris.

Der Hassbefehl gegen Gaullau bis zum Abschluss des Verfahrens ausgefeiert.

Die Humanité schreibt: Das Kriegsgericht hat den vom Gouvernement beantragten Hassbefehl gegen Gaullau bis zum Abschluss des Verfahrens aufgezogen.

Großbritannien.

Forderungen der Arbeiterspartei.

London, 3. Januar. Die Arbeiterspartei hat für den 3. Juni stattfindenden Parteitag folgendes Programm für ihre Politik nach dem Kriege aufgestellt: Die neue Gesellschaftsordnung darf nicht auf individualistische und kapitalistische Produktion, sondern nur auf Kooperation und Verteilung, nicht auf aufgezwungene Herrschaft über unterworfenen Völkern, untermornten Kolonien, unterworfenen Klassen und die Mäßigung der Frauen, sondern gleiche Freiheit begründet sein. In dem Programm wird die allgemeine Einführung von Mindestlöhnen und die Verhinderung von Arbeitslosigkeit für die Soldaten und Arbeiter bei der Demobilisierung empfohlen. Die Arbeiterspartei soll auf 48 Stunden die Woche beschränkt werden. Der Bergbau, die Versicherung, das Eisenbahn- und Elektroindustrie müssen öffentlich werden. Die Einführung von Schugghöfen wird abgelehnt und dafür eine Besteuerung des Kapitals gefordert.

Spanien.

Muslime der Rammer.

Madrid, 3. Januar. (Spanische Meldung.) Der König hat einen Erlass unterzeichnet, durch den die Rammer aufgelöst wird. Die Neuwahlen wurden auf den 17. Februar festgesetzt und der Zusammenschluss der neuen Rammer auf den 11. März.

Amerika.

Bericht von der Pariser Konferenz.

Washington, 3. Januar. Das Staatsdepartement teilte in einem zusammenfassenden Bericht über die Arbeit seiner Vertreter auf der Pariser Konferenz mit: Die hauptsächlichsten Vorschläge sind folgende: Die Vereinigten Staaten sollen ihren ganzen Einfluss ausüben, um die völlige Einheitlichkeit im Handelskrieg zur See und auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen Amerika und den an seiner Seite kämpfenden Ländern herzustellen. Regierung und Volk der Vereinigten Staaten sollten alles aufstellen, um die erfolgreiche Endigung des Krieges durch planmäßige Zusammenfassung ihrer Hilfsquellen am Menschen und Material zu beschleunigen. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sollten so rasch als möglich nach Europa entsandt werden. Ferner teilen die Delegierten die Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Alliierten zur Zusammenfassung des Schlüsselmaterials mit und geben bekannt, dass soviel Schiffstrauraum als möglich für den Transport der amerikanischen Truppen bereitstehen werden müsse. Außerdem würde ein Plan zur intensiveren Ausbildung der amerikanischen Seestreitkräfte ausgearbeitet und mit der britischen Admiralsität ein Abkommen, bez. Förderung der U-Boote, getroffen. Ferner sei für die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Beratungen des obersten Kriegsrates Sorge getragen. Es wurde eine Einigung über die Beiträge der Vereinigten Staaten zu den gemeinsamen Kriegsmitteln der Alliierten erzielt und Wirtschaft dafür geschaffen, dass für alle amerikanischen Streitkräfte, die im Jahre 1918 nach Europa geschickt werden, alle benötigten Ausbildungsgegenstände zur Verfügung gestellt würden.

Großbritannien, Frankreich und Italien haben, um den Verbündeten Staaten einen genaueren Einblick in die Probleme der Lebensmittelversorgung in ihrem Land zu verschaffen, zusammengestellt, in ihren Ländern die Proviantzulieferung für Lebensmittel einzuführen. Ferner wurde der Anteil der Vereinigten Staaten an den militärischen Operationen festgesetzt und eine beratende Kommission der alliierten Länder ins Leben gerufen, deren Aufgabe es sein wird, über die Auslieferung von Schiffen, durch die es Amerika ermöglicht werden soll, seine militärischen Pläne durchzuführen, zu entscheiden.

Maßnahmen gegen feindliche Ausländer.

The Times erzählt aus Washington: Das Justizdepartement gibt bekannt, dass am 4. Februar mit der Einschließung von ungefähr 5000 nicht naturalisierten Deutschen als feindliche Ausländer zum Schutz gegen Spionage und Sabotage begonnen werden soll. Polizeibeamte, Postmeister und andere Beamte werden diese Aufgaben führen. Von allen männlichen, feindlichen Untertanen über 14 Jahren werden Fingerabdrücke gemacht. Alle bekommen eine Ausweis-Karte. Diese Karte müssen sie stets bei sich tragen. Sie dürfen auch nicht ohne Zustimmung der Polizei ihre Wohnung verändern. Österreich und Ungarn werden vorläufig von dieser Maßregel noch nicht betroffen.

Aus aller Welt.

Liebet eure Freunde ...

Zus Londoner Bürgern ergibt sich, dass ein englischer Missionar, der in den Soldatenlager Bibelpräche verbreitete, u. a. auch das Wort, dass man seine Feinde lieben soll, wegen Verbreitung antisemitischer Schriften, welche gezeigt sind, die Verteidigung des Vaterlandes zu beeinträchtigen, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Ein Priester von der Kanzel verhaftet.

Wie der Corriere delle Sera berichtet, wurde in Shrewsbury der Priester Giacomo Bonato von der Kanzel weg verhaftet, weil er eine Predigt im kriegerischen Sinne hielt.

Verkehrsstörungen durch einen Schneesturm.

Königsberg, 8. Januar. Ein außerordentlich heftiger Schneesturm mit Gewitter und Hagelsturm hat gestern nachmittag große Störungen im Verkehr verursacht. In der Stadt ruhten die Straßenbahnen im Verkehr vollständig ein. Der Verkehr konnte noch nicht wieder aufgenommen werden. Die Züge der Stadtbahnen hatten große Verzögerungen. Die Kleinbahnen hielten den Verkehr ein. Die Fernsprech- und Telegrafenleitungen sind größtenteils unterbrochen.

Für 75 000 Mark Seidenwaren gestohlen.

Einfreiber stahlen aus dem Domänenmodebonenregeamt „Ostindien-Haus“ in der Leipziger Straße 90 in Berlin für 75 000 Mark Seidenstoffe, Kleider und seideine Blüten. Außerdem erbanden sie einen Geldschatz und entwischten für 8000 Mark Baren.

Erdbeben in Nordwest-Stiermark.

Prag, 4. Januar. Vorgestern morgen, 8 Uhr 40 Minuten, wurde ein starkes wellenförmiges Erdbeben mit Donnerschlägen im Nordwesten Stiermarks wahrgenommen.

Folgen schwere Explosionen.

Amsterdam, 3. Januar. Aus Reeuwijk wird gemeldet; Gestern fanden in Norwegen in Birgitten drei Explosionen statt, die unheimliche Brände hervorriefen. Der Schaden wird auf 2 Millionen Dollar geschätzt. Etwa 1000 Matrosen leisteten bei den Bergarbeiten Opfer. Ihnen ist es vor allem zu danken, dass ein großer Teil der Stadt vor der Vernichtung bewahrt wurde.

Eisenbahngesammtlos.

Warschau, 3. Januar. Während eines heftigen Schneesturms liegen gestern in der Nähe des Wiener Bahnhofes in Warschau zwei Personen auf dem Gleis verdeckt, wobei nicht unerheblicher Schaden entstand. Der Zugführer des einen Zuges wurde gefesselt. Zwei Reisende wurden schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Die Reisenden wurden leicht verletzt. Größere Betriebsstörungen sind nicht eingetreten.

250 Seeleute ertranken.

Die britische Admiralsität teilt mit, dass bei der Vernichtung des Geleitbootes am 12. Dezember und bei der Verleistung des Kreuzers Stephen Hawes 250 Seeleute ums Leben gekommen sind.

Leichte lokale Nachrichten.

Wieder zwei Gasvergiftungen.

Heute vormittag wurde in einem Hause der Georgen-Allee ein 56 Jahre alter Hauseinwohner mit Gas bestäubt aufgefunden. Es lag Selbstmordversuch vor. Es gelang der Feuerwehr die Lebenmüde nach 30 Minuten wiederbelebungsversuchen wieder zum Bewusstsein zu bringen. Sie wurde nach der Heil- und Pflegeanstalt übergeführt.

Heute vormittag gegen 11 Uhr wurde eine 15 Jahre alte Handelsfahrerin in der Dienststraße in Pforzheim Tiefenbach mit Gas vergiftet aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche waren nach 15 Minuten von Erfolg.

Abig. Quartierlauf auf gegen Verteilung der Bandespartei Sonnenblume für die in dem Quarterschloss des Ritter in die Kundenliste eingetragenen in nachliegender Reihenfolge: Nr. 228-300 von 8-8, 301-300 von 8-10, 1-50 von 10-11, 51-100 von 11-12, 101-150 von 2-3, 151-222 von 3-4 Uhr.

Vorbericht der südlichen Landeswetterwarte

für den

Lieferungsbefcheinigung für Milch.

Im Dresdner mehrere Milchbänke, Molkereien und Großherberge (Krankenhäuser u. dergl.) die Milch von außerhalb Dresden nach der Stadt Dresden einzuführen, sind verpflichtet, ihren auswärts wohnenden Abnehmerinnen (Wohngesetzgern oder Milchkindern) eine Befcheinigung über die gelieferten Milchmengen auszuführen.

Die Befcheinigung ist jeweils am Montag für die verlangte Woche beim Lieferanten zu über-

leben, falls nicht der für den Lieferanten zuständige Kommunalverband im einzelnen Fälle die Ausstellung für einen größeren Raum genehmigt.

Die Verpflichtung, die übrigens in den geltenden Maßnahmenmachungen über den Zeitraum vom 18. Oktober 1917 bis vorgeordneten Anzeigen zu erlassen, wird hierdurch nicht berührt.

Dresden, am 4. Januar 1918.

Der Rat zu Dresden.

[S 87]

Deuben.

Die amtliche Ans- und Verkaufsstelle für gezeugte Fleidungsstäude eines Schäfers befindet sich in der Dresdner Straße 30, gegenüber dem Rathaus. Sie ist täglich von 8 bis 7 Uhr in Betrieb. [W 53]

Deuben, am 17. Mai 1917.

Der Gemeindevorstand.

Dresdner Molkerei.

G. m. b. H.

Die Auszahlung der Zinsen der Anteile.

Stader montags von 11-1 Uhr und 3-7 Uhr in unserem Bureau, Altenbergrasse 2, 2. Stock statt.

Wir erüben, darüber hinaus abzehlen zu lassen. [S 71]

SARRASANI

Täglich 7½ Uhr, Sonnabends, Sonntags auch 3½ Uhr das glanzvolle Janusprogramm

Anni Feller	Baronin v. Lützow	Mrs. do das anständische Wunder
jugendliche Univerkünstler	Jugendliche Unterländer Sinfoniegruppe	

Paoli mit seinen Hunden und Affen

Haltung der gemal-Kunst

Rathaus-Musik

Friede auf Deuben

Vorverkauf im Warenhaus Herold [S 89]

Im Sarrasani-Trocaero reichhaltigster neuer Spielplan!!!

Musenhalde.

Vorstadt Löbtau, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahn 7, 13, 22

Täglich abends 8½ Uhr!

Der neue, große Lachschlager:

Die Welt ohne Männer

Originalstück in 3 Akten von H. Engel u. A. Hoch

Montags, Mittwochs, Freitags 1. Vorst. 20 Pf.

Kino Briesnitz.

Morgen Sonnabend und Sonntag:

Wir haben geschafft. Lustspiel in 3 Akten. — Die Flut steigt. Drama. — Das schuldige Leben. — Bildergalerie aus Polen. [W 138]

Prinzeß Chester

Auf vielseitiges Verlangen einige Tage verlängert!

Soll und Haben des Kriegsjahres 1917.

Große militärische Aufnahmen.

Für die Ehre des Vaters

Fürmacherspiel in vier Akten. [S 173]

In der Hauptrolle Ellen Richter und das übrige Beiprogramm.

Vorführungen von 4 bis 11 Uhr.

Reisewerke!

Durch die Wüsten u. Kulturländer Asiens

Reisebeschreibungen von G. S. Bell.

Mit 181 Abbildungen. — Preis 4.50 Mark.

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.



Zoologischer Garten

Sonntags den 8. Januar 1918

Grosses Familien-Konzert

Kapelle:

Philharmonisches Orchester

Leitung: Max Werner. Solist: Adolf Frick (Violinist)

Beginn 3 Uhr. [S 174]

Ohne Erhöhung der Eintrittspreise und ohne Zusatz für Dauer- und Vorguckarten.

Sonntag den 6. Januar: Großes Militär-Konzert

Tüchtig. Galvaniseur
der auch im Bergbau und Gewerbe von "unteren Oktaven" bewandert ist. per sofort gefordert.

Hermann Behrend Nachf., Dresden-Bl. [S 178]

Domizil: et cetera 22/24.

Tischler

für dauernd gesucht.

Möbelfabrik

R. Rentzsch & Co.

Leipziger Straße 70/72. [S 81]

Former- u. Gießerlehringe

für Okt. 1918 gefordert. Ernst Herbert Kühl,

Gießmetallwerk, Leipziger Straße 45. [S 81]

sucht [S 81]

Mechaniker Fischer & Billner

G. m. b. H., Königstr. 12.

Hülsensteckerinnen

werden sofort gefordert.

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft

Leipziger Straße 68. [S 119]

Arbeitsmädchen

für dauernde, leichte Arbeitssucht [S 81]

Böllmer-Werke, Hüttenstraße 13

Soeben ist erschienen:

Protokoll

Über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten in Würzburg am 14. bis 20. Oktober 1917

Preis Broschur 3 Mark

zu begleiten durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Wettinerpl. 10, und die Ausdrucker der Volkszeitung

Jede Dame

kaufst beim [S 219]

welt und breit

bekanntesten billigen

soeben ist erschienen:

soeben ist erschienen: